

## INHALT

Nazi-Aufmarsch blockieren	1-2
Ramelow: Untersuchungsausschuß auf Bundesebene	2
Das "Rote Regal" wächst	3
Jochimsen: Lust auf Kultur	3
Bildungstag in Elgersburg	5
Zum Mitgliederentscheid	6

## Ein frohes und gesundes neues Jahr 2012



DIE LINKE startet mit guten Voraussetzungen ins Jahr 2012! Mit über 95% der Stimmen haben die Mitglieder unserer Partei unser neues Programm bestätigt. Nach schwierigen Monaten geht DIE LINKE nun gestärkt ins neue Jahr, um unserem politischen Auftrag nachzugehen: Wir kämpfen für eine soziale, eine demokratische und ökologische Gesellschaft – auf der Straße und in den Parlamenten, in politischer Verantwortung und in Opposition. Ich bedanke mich bei allen Aktiven, allen Mitgliedern und SympathisantInnen unserer Partei, bei allen PartnerInnen mit denen wir zusammengearbeitet haben und bei allen Menschen, die uns über die letzten Jahre ihr Vertrauen gegeben haben! Ich wünsche Ihnen und Euch schöne Feiertage und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2012!  
 Mit herzlichen Grüßen,  
 Knut Korschewsky, Landesvorsitzender

# Blockieren, bis der Nazi-aufmarsch Geschichte ist



In den vergangenen zwei Jahren ist uns etwas gelungen, das viele für unmöglich gehalten hatten: Wir haben den Naziaufmarsch in Dresden erfolgreich blockiert. Tausende Nazis konnten ihr eigentliches Ziel, mit einer Großdemonstration ihre menschenverachtende Ideologie zur Schau zu stellen, nicht erreichen. Mit dem Aufmarsch im Februar versuchten sie in den vergangenen Jahren, an das Gedenken an die Bombardierungen Dresdens im Februar 1945 und den damit einher gehenden Mythos der „unschuldigen Stadt Dresden“ anzuknüpfen. Auch durch Ignorieren und Wegschauen seitens der Stadtverwaltung und eine mangelnde Entschlossenheit großer Teile der Dresdner Zivilgesellschaft konnte dieser Termin zu Europas größtem Naziaufmarsch mit bis zu 7000 Teilnehmenden werden. Doch die Dynamik der Aufmärsche ist

gebrochen. Zu verdanken ist dies insbesondere dem entschlossenen Handeln von zwölftausend (2010) und zwanzigtausend Menschen (2011), die mit Massenblockaden den Marsch der Nazis verhinderten.

Wir wenden uns gegen jede Form von Geschichtsrevisionismus. Alten und neuen Nazis darf keine Gelegenheit gegeben werden, die deutsche Geschichte zu verklären und die NS-Verbrechen zu verherrlichen. Daher werden wir am 13. Februar 2012 den „Täterspuren“-Mahngang durchführen, um an die NS-Geschichte in Dresden zu erinnern.

„Sagen, was man tut, und tun, was man sagt“ – durch dieses Motto war unser Handeln der letzten Jahre geprägt. Dabei bleibt es! Uns eint das Ziel, den Naziaufmarsch durch Massenblockaden zu verhindern. Unser Ziel ist dabei nicht die Auseinandersetzung mit der Polizei.

Wir sind entschlossen, den Naziaufmarsch zu blockieren – von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern. „Unsere Vielfalt ist unsere Stärke“ – das war unser Credo der letzten Jahre. Dabei bleibt es! Mit einem breiten Bündnis aus Antifagruppen, lokalen Initiativen und Aktionsgruppen, Gewerkschaften, Parteien und Jugendverbänden, religiösen Gruppen sowie zahlreichen weiteren Organisationen und Einzelpersonen haben wir deutlich gemacht: Blockaden sind legitim, und Dresden geht uns alle an! AntifaschistInnen wurden in den letzten Monaten vermehrt mit staatlichen

Repressionen überzogen. Rechtswidrige Funkzellenabfragen, politisch motivierte Strafverfahren, selbst Immunitätsaufhebungen werden uns nicht einschüchtern. Versuchen von außen, uns mittels der Extremismustheorie zu spalten, setzen wir unsere Solidarität entgegen. Wir lassen uns nicht spalten. Ziviler Ungehorsam ist unser Recht, unsere Blockaden sind legitim! Lassen wir uns nicht einschüchtern! Wir protestieren im Februar in Dresden auch gegen die staatliche Aushöhlung des Versammlungsrechts und einen Schnüffel-Staat. In Dresden soll bewusst das Rechtsordnungsprinzip der Verhältnismäßigkeit verschoben werden, um einen „gläsernen Demonstranten“ zu schaffen. Wir treten dem entschieden

entgegen. Dabei stehen wir zusammen gegen alle Versuche der Einschüchterung und der Beschneidung unserer Bürgerrechte. Auch 2012 werden wir den Naziaufmarsch in Dresden blockieren. Die Mordserie der in Sachsen untergetauchten Nazis zeigt einmal mehr, wie wichtig entschlossenes antifaschistisches Handeln ist. Antifaschistisches Engagement darf nicht kriminalisiert, sondern muss unterstützt werden. Jahrelang sind Anschläge, Nazigewalt und Waffenfunde in der Naziszene bagatellisiert worden. Schluss damit! Wir geben den Nazis keinen Meter Straße preis. Wir blockieren sie in Dresden: bunt und lautstark, kreativ und entschlossen! Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

## Ramelow: Statt Schwarze-Peter-Spielen, dringlich Untersuchungsausschuss auf Bundesebene einsetzen

Sehr verwundert zeigt sich Bodo Ramelow sowohl über immer neue Varianten und Versionen zu den Vorgängen um die Neonazi-Terrorgruppe, aber auch über die Vorwürfe aus Berlin ausschließlich an die Thüringer Behörden. Der Fraktionschef der LINKEN im Thüringer Landtag fordert stattdessen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses auf Bundesebene: "Dringend und mit Nachdruck muss jetzt auch und zeitgleich das Bundes-Versagen mit untersucht werden."

"Die über Weihnachten bekannt geworden vermeintlichen neuen Anhaltspunkte erklären überhaupt nicht, was seit 13 Jahren schief gelaufen ist", betont der Fraktionsvorsitzende mit Verweis auf den jetzt für zufällig erklärten Mord an der Thüringer Polizistin sowie die seltsamen Umstände des Todes der Rechts-Terroristen. Das alles wirke doch "stark aufgesetzt" und "ist für die Fraktion der LINKEN im Thüringer Landtag schwer nachvollziehbar".

"Jetzt muss endlich Schluss gemacht werden mit diesen Schwarze-Peter-Spielen. Es ist höchste Zeit, dass ein Bundesuntersuchungsausschuss für die notwendige Klarheit und Aufklärung sorgt und auch das Agieren der Sicherheitsbehörden auf Bundesebene unter die Lupe nimmt", unterstreicht Ramelow. Es müsse dringend geprüft



werden, "welche Dienste bundesweit Bescheid wussten und welche Bundesdienste involviert waren". Dass sich die Bundes-SPD hinsichtlich eines Untersuchungsausschusses "noch immer nicht entschieden hat und auch CDU und FDP dafür nicht die Kraft gefunden haben", bezeichnet Ramelow als schweres Versäumnis. Es entstehe der Eindruck, dass mit den immer neuen Ermittlungsversionen nur abgelenkt werden soll. Bodo Ramelow fordert die SPD-Bundestagsfraktion und den SPD-Bundesvorsitzenden auf, das Mauern beim Untersuchungsausschuss

en vernetzten Aufarbeitung nicht länger zu verschließen. "Erst dieser Untersuchungsausschuss des Bundestages könnte die Voraussetzung schaffen, um einem Ausschuss des Landtages die notwendigen Einsichten zu bringen, was MAD, BND und das BfVS hier an Fehlleistungen mit zu verantworten haben", so Ramelow abschließend. (pm)

# Luc Jochimsen: Lust auf Kultur - auch 2012!

Liebe FreundInnen und MitstreiterInnen, sehr geehrte Damen und Herren, das Krisenjahr 2011 neigt sich dem Ende zu und wir stehen vor einem Jahr 2012 voller Unsicherheiten und vager Prognosen. Mit Sicherheit aber werden auch im nächsten Jahr wieder viele von euch, von Ihnen, für den Erhalt sozialer und kultureller Projekte kämpfen müssen. Denn noch immer werden Kunst und Kultur als "Luxus" angesehen. Ein Luxus, den man sich in Zeiten klammer Haushalte einfach nicht leisten könne.

Ich wünsche euch und Ihnen allen viel Kraft für diesen Kampf, aber auch viel Lust und Freude an der Kultur. Denn Kultur hat unendlich viele Facetten. Deshalb möchte ich mich mit einer Rede aus dem alten Jahr verabschieden, die ich zum Thema "immaterielles Kulturerbe" im Bundestag gehalten habe.

Viel Freude bei der Lektüre, einen gesunden Start in das Jahr 2012, Eure, Ihre Luc Jochimsen

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Acht Jahre, nachdem die UNESCO die Ratifizierung der UNESCO-Konvention zum immateriellen Kulturerbe beschlossen hat, fünf Jahre, nachdem die notwendigen 30 Staaten sie ratifiziert haben, und nachdem mehr als 139 Staaten – ich wiederhole: 139 Staaten! – beigetreten sind, legen Sie uns einen zu nichts entschlossenen Antrag unter dem Titel vor: „Ratifizierung ... vorantreiben“. „Vorantreiben“ klingt gut, sagt aber gar

nichts aus, zum Beispiel wann denn ratifiziert werden kann, soll, darf.

Im Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen steht ein festes Datum: Ende 2012. Davon enthält der CDU/CSU-FDP-Antrag kein Wort. Er will ja auch nur „vorantreiben“ und meint, uns mit



einem großen Wortschwall klar zu machen, was alles erledigt werden muss: Man muss werben. Man muss Interessierte und Betroffene einladen. Man braucht Verständnis und Zustimmung. – Unsere Zustimmung haben Sie, und zwar schon seit fünf Jahren, als wir uns mit der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ für eine Ratifizierung ausgesprochen haben.

Die Zustimmung der anderen beiden Oppositionsparteien haben Sie auch. Also: Warum solch ein unbestimmter, im Grunde nichtssagender Antrag? Hier braucht Deutschland doch nicht das Rad neu zu erfinden. Unter den 139 Ländern, die bereits ratifiziert haben, befinden sich unsere Nachbarn Schweiz und Österreich. Da lässt sich gut und schnell lernen, wie man solch eine Konvention umsetzt, statt sie irgendwie „voranzutreiben“. Wie lange und wie oft noch wollen Sie uns eigentlich versprechen, die Ratifizierung in Abstimmung mit den Ländern zu prüfen und zu prüfen und nochmals zu prüfen? Seit 2007 hören wir dieses Argument immer wieder ohne irgendein Ergebnis. Warum ist die Ratifizierung dieser Konvention so wichtig und so dringend? Weil es um den Schutz und Erhalt von Traditionen und Ritualen in unserem Land geht, die in Vergessenheit geraten, und dies schneller, als man denkt. Denken Sie nur an Volksfeste, Brauchtum, auch religiöse Rituale! Es heißt oft, die Weltkulturerbestätten seien materieller Ausdruck unseres kulturellen Gedächtnisses. Das immaterielle Kulturerbe entspricht unserem ganzen Leben in all seinen Ausdrucks-, Erinnerungs- und Genussformen. Lassen Sie es uns tatsächlich jetzt schützen und fördern, statt nur die Idee dazu irgendwie weiter voranzutreiben. Wenn schon die Aachener Printen auf die Liste kommen, dann plädiere ich auch sehr für die Thüringer Klöße.

Vielen herzlichen Dank.

Vor einigen Monaten hatten wir dazu aufgerufen, die eigenen Bücherregale, Keller und Kisten nach links ausgerichteter Litaratur zu durchforsten. Gefragt waren dabei insbesondere alle Druckwerke aus



DDR-Zeiten deren Erhaltung gerade in der heutigen Zeit von Bedeutung sind. Egal ob Aufbauroman oder Nachschlagewerk, alle Titel sind willkommen. Dazu befindet sich ein

"Rote Regal" in Arbeit, welches seit dem ersten Aufruf beständig wächst. An dieser Stelle möchten wir daher allen Genossinnen und Genossen, die ihre alten Schätze

## Das "Rote Regal" wächst kräftig

in die Hand der Geschäftsstelle gegeben haben einen ganz großen und herzlichen Dank sagen! Wir werden auch weiterhin gern die verschiedensten Bücher in das "Rote Regal" aufnehmen. Dabei spielt der Zustand der Bücher nur eine untergeordnete Rolle - wichtig ist wie immer der Inhalt.

Ziel des "Roten Regals" ist die zur Verfügungstellung von Wissen, welches heute nicht mehr oder kaum noch im Buchhandel oder Bibliotheken zu finden ist. Aus diesem Bücherschatz kann und muß auch für die Zukunft Wissen zum

politischen Handeln gezogen werden. Das "Rote Regal" stellt damit einen Teil der politischen Bildung unseres Kreisverbandes dar. Besonders junge Leute sind herzlich eingeladen, hier zu stöbern und sich das eine oder andere Buch für eine bestimmte Zeit mit nach Hause zu nehmen um in Ruhe lesen zu können.

Für das kommende Jahr wird ein kleiner Katalog über den bisherigen Bestand erarbeitet und dann entweder vollständig oder in Teilen auch hier im Blitzlicht veröffentlicht. Bis dahin sind wir natürlich weiterhin auf der Suche nach verschiedenen Titeln. Eine Abholung von Büchern ist nach vorheriger Absprache natürlich möglich. Bei Fragen steht der Kreisgeschäftsführer Ronald Hande gern zur Verfügung.

# Gedanken zum Jahreswechsel. Was ist neu? Was sollten wir wünschen?

Lässt man 2011 Revue passieren, so kann man festhalten: es war in vieler Hinsicht ein Krisenjahr in Europa und auf spezielle Weise auch in der BRD. Die Illusion vom Euro, einer gemeinsamen Währung, die Europa letztendlich einigen, die unterschiedlichen Volkswirtschaften angleichen und wirtschaftlich zu großer Stärke führen sollte, löst sich auf. Die Systemfehler waren von Anfang an vorhanden. Neu ist nun aber, dass sie „brutalstmöglich“ sichtbar wurden und erst seither ihre krisenhaften Wirkungen voll entfalten.

So ist das im entwickelten Kapitalismus: der schöne Schein ist allgegenwärtige Geschäftsgrundlage. Ganze Heerscharen von Professoren, und „Experten“, die ins System eingebetteten Medien und diverse Politiker werkeln täglich am schönen Bild von der „sozialen Marktwirtschaft“ und wollen übertünchen, dass auch die sozialste „Marktwirtschaft“ auf der Ausbeutung der in Lohnarbeit arbeitenden Menschen beruht.

Dieselben Apologeten des Kapitals verbreiten Tag und Nacht das Märchen von der BRD als „demokratischem Rechtsstaat“. Dabei wird verschwiegen und vertuscht, dass der Staat seinem Wesen nach das Machtinstrument der herrschenden Klasse ist. Ja, dass die Herrschaft dieser Klasse aus Finanz- und Industriekapital dort am sichersten ist, wo es am „demokratischsten“ zugeht.

Diese beiden Grundlügen 1. über die ökonomische Basis;

2. über

das Wesen des Staates

bilden die Grundlage für alle anderen Lügen über das System in dem wir in der BRD und in Europa leben, wie z.B. die Lüge von der Verteidigung der westlichen Freiheit am Hindukusch oder der Lüge von der Sicherheit deutscher Kernkraftwerke, der Sicherheit der Renten oder Sparguthaben der Bevölkerung.

Nun ist aber im Gefolge der Finanzkrise eine neue Situation entstanden. Diese Krise torkelt wie ein frankensteinscher Golem durch die Welt und reißt einen Stützpfiler

des Systems nach dem anderen aus der Verankerung. Dieses Monster lässt sich nicht einfangen und noch schlimmer für die Herrschenden: es lässt sich nicht weg lügen. Am liebsten würde man ja den Ratingagenturen ein Rating (einschätzen der Kreditwürdigkeit) der Staaten verbieten, aber dann wüsste man ja selbst nicht, wo man sein Geld am sichersten anlegen kann. Außerdem hat man vor kurzem erst den Banken gesetzlich vorgeschrieben, dass sie ihre Kreditvergabe auf der Grundlage der Einschätzungen dieser Agenturen vornehmen müssen.



Ganze Staaten stehen vor der Pleite, Regierungen wurden ausgewechselt und dabei ging es gar nicht so „demokratisch“ zu. Sogar ein Leser von BILD weiß mittlerweile, wer in diesem Land wirklich das Sagen hat. Dass ist ebenfalls neu.

Die Apologeten des Kapitalismus, vor allem die an der Macht befindlichen Politiker haben ein wachsendes Problem mit ihrer Glaubwürdigkeit.

Aber, daraus erwächst noch lange kein revolutionäres Bewusstsein der Massen, ja nicht einmal die Wähler strömen der LINKEN in Scharen zu. Dafür sehe ich zwei Hauptursachen 1. die allermeisten Bürger haben weit mehr zu verlieren als „ihre Ketten“. Sie sind risikoscheu und wollen eigentlich morgen genauso leben wie heute, nur ein wenig besser. Daran können wir – und wollen wir auch- nichts ändern.

2. Die große Mehrheit traut uns nicht zu, die Kompetenz zu besitzen, an den bestehenden Verhältnissen etwas Grundlegendes zu ändern und dabei gleichzeitig ihre Lage zu verbessern. Daran können- und müssen wir unbedingt- etwas ändern.

Mein größter politischer Wunsch für 2012 ist deshalb: Möge es uns gelingen, unsere Kompetenz in den Augen der Massen entschieden zu erhöhen! Daran arbeitet!

Herbert Schoenenburg

## Jahresplan der Linksjugend Schmalkalden 2012!

Liebe Genossinnen und Genossen!

Zum Jahresstart wünscht die Linksjugend Solid Schmalkalden allen ein erfolgreiches und vor allem gesundes neues Jahr! Wir wollen euch nun unsere Vorhaben für das neue Jahr vorstellen. Wie ihr wisst haben wir unsere alten Themen noch nicht abgeschlossen. Noch immer kämpfen wir



für einen Jugendraum in Näherstille, jetzt mit der Unterstützung der Partei. Des Weiteren haben wir ein neues Thema noch im alten Jahr begonnen, welches sich um die eher suboptimalen

Schulbusfahrzeiten in Schmalkalden dreht. Auch

hier gilt es weiter am Ball zu bleiben. Bei all unseren Projekten sind wir stark auf die Hilfe der Partei angewiesen und wir hoffen bzw. freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit! Auch unsere neuen Themen welche wir 2012 anpacken wollen versprechen viel Arbeit. Zunächst soll die Fusion mit der Linksjugend Solid Suhl vorangetrieben werden um ein erneutes Verschwinden der Solidgruppe in Schmalkalden vorzubeugen. Haben wir dies abgeschlossen möchten wir einen Gegenschlag auf die NPD in Schmalkalden vorbereiten. Diese hat in dem letzten Jahr eine Jugendorganisation aufgebaut welche jetzt schon um ein vielfaches größer ist als wir. Um die Jugend in Schmalkalden aufzuklären bzw. zu warnen, möchten wir gemeinsam mit anderen Organisationen eine Kundgebung oder nach Möglichkeit ein „Rock gegen Rechts“ Konzert organisieren. Wie genau das aussehen soll bzw. ablaufen soll muss jedoch erst noch besprochen werden. Auch hier hoffen wir wieder auf die Unterstützung der Partei DIE LINKE in Schmalkalden! Insgesamt hat sich die Linksjugend Schmalkalden vorgenommen, nach ihren 6 Werten (Mut, Respekt, Transparenz, Integrität, Verantwortung, Leistung) zu arbeiten und so alle Vorhaben auch in die Tat umzusetzen. Wir freuen uns auf das vor uns liegende Jahr und starten schon am 06. Januar 2012 mit neuem Elan in das neue Jahr 2012!

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Cramer

Vorstand

Linksjugend Solid Schmalkalden

# Nachhaltige Programme für Langzeitarbeitslose finanzieren



Mit Blick auf die Ankündigung der Minister Taubert und Machnig, durch gezielte Fördermaßnahmen die Arbeitsmarktchancen für sozial Schwache in Thüringen verbessern zu wollen, fordert die Arbeitsmarktpolitikerin

der Linksfraktion, Ina Leukefeld, eine Verstärkung des Landesarbeitsmarktprogramms. Sie verweist auf den Antrag der LINKEN zur abschließenden Haushaltsberatung in dieser Woche, die Mittel für das Programm „Arbeit für Thüringen“ mit vier Millionen Euro aufzustocken, denn die von der Landesregierung dafür eingestellten Gelder reichen nur noch bis Mitte nächsten Jahres, dann stünden lediglich Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung. „Es wäre aber wichtig, könnten die zusätzlichen vier Millionen Euro als Komplementärfinanzierung genutzt werden, um gerade für langzeitarbeitslose Menschen mit Mehrfachvermittlungshemmnissen nachhaltige Programme zu entwickeln und zu finanzieren“, betont Frau Leukefeld. Die LINKE Politikerin verweist zudem darauf, dass bereits im vergangenen Jahr in Thüringen das Budget der Jobcenter um 66 Millionen Euro gekürzt wurde und jetzt eine weitere Reduzierung um 40 Millionen Euro folgen soll. „Das ist angesichts der stagnierenden Zahl von langzeitarbeitslosen Menschen in Thüringen nicht hinnehmbar“, unterstreicht Leukefeld. Besonders ältere Arbeitslose seien betroffen sind. Obwohl der Anteil der Arbeitslosen zwischen 50 und 65 Jahren im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist, muss die Tatsache, dass jeder zweite Bezieher von Arbeitslosengeld I und jeder Dritte in der Grundsicherung (Hartz IV) verharret, „ein ernstes Warnsignal für drohende Altersarmut sein.“ (pm)  
www.inaleukefeld.de

# Finanztransaktionssteuer kurzfristig einführen

"Eine schnelle Einführung der Steuer ist möglich und überfällig", so Axel Troost, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf die Ankündigung eines Sprechers des französischen Präsidenten, eine Finanztransaktionssteuer noch im Frühjahr im nationalen Alleingang einführen zu wollen. "Die Erklärung lässt darauf schließen, dass Deutschland das bisher gemeinsame Projekt offenbar nicht mit der gleichen Konsequenz verfolgt wie Frankreich. Durch das Beharren der FDP auf einer EU-weiten Einführung ist die Bundesregierung blockiert, was in Wahrheit ein Vorwand zur Totalverhinderung ist." Troost weiter:

"Seit Jahrzehnten erhebt Großbritannien in Form der 'Stamp Duty' mit einem jährlichen Aufkommen von drei bis vier Milliarden Pfund eine Steuer auf bestimmte Finanztransaktionen. Nichts hindert die

Bundesregierung daran, diese Steuer zu kopieren und auf weitere Finanztransaktionen zu übertragen. Nach einer im Auftrag von Unitaid von der französischen Finanzberatungsgesellschaft 99Partners erstellten Studie, die dem Finanzausschuss auf Einladung der LINKEN im November 2011 vorgestellt wurde, könnte eine solche im nationalen Alleingang machbare Steuer Frankreich jährliche Einnahmen von 12,5 Milliarden Euro verschaffen, Deutschland 16 Milliarden Euro. Die Fraktion DIE LINKE hat in einem gemeinsamen Antrag mit der französischen 'Front de Gauche' daher am 1. Dezember 2011 zeitgleich sowohl im Bundestag als auch in der französischen Nationalversammlung eine deutsch-französische Einführung der Finanztransaktionssteuer für Anfang 2012 gefordert."

## 28. Januar 2012: Bildungstag in Elgersburg

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde! Zum nunmehr 4. Landesbildungstag, unter dem Titel „Die Roten und der grüne Umbau“ wollen wir euch recht herzlich einladen. Nach einer einführenden Diskussion, in der wir uns in zwei Referaten und Beispielen aus Thüringen ein gemeinsames Grundverständnis von nachhaltiger linker Politik erarbeiten, könnt ihr euch in zwei der Workshops konkret zu Ausprägungen nachhaltiger Kommunalpolitik in Thüringen austauschen.

Parallel finden Treffen der Kreiswahlleiter sowie der Verantwortlichen für politische Bildung in den Gebietsverbänden statt. In einer abschließenden Diskussionsrunde wollen wir Schlussfolgerungen für den Kommunalwahlkampf 2012 ziehen, aber auch bereits jetzt gemeinsame Ideen und Projekte mit Blick auf die Wahlen 2014 entwickeln. Wir hoffen auf eine breite Teilnahme und bitten um Rückmeldung. Mit sozialistischen Grüßen, Steffen Kachel, AG Politische Bildung & Anke Hofmann, Landesgeschäftsführerin

Anmeldung und Informationen:  
Steffen Trostorff  
DIE LINKE. Landesverband Thüringen  
Eugen-Richter-Str.44, 99085 Erfurt

Tel: 0361/6011143, Fax: 0361/6011141  
strostorff@die-linke-thueringen.de

### Ablauf

09:30 Uhr Referate

- Das Prinzip der Nachhaltigkeit als Grundanforderung künftiger Politik, Dr. Bruno Kern, Ökologische Plattform, Berlin
- Ergebnisse des Agenda-21-Prozesses in Deutschland, Ralph Lenkert, MdB
- Weitere Kurzbeiträge und Diskussion

12:00 Uhr Mittagspause

12:45 Uhr Workshop-Phase

- I Projekte für Nachhaltigkeit in den Bereichen der kommunalen Verwaltung
- II Nachhaltigkeit und regionale Wertschöpfung in der kommunalen Energiepolitik
- III Schwerpunkte der politischen Bildungsarbeit 2012
- IV Beratung der Kreiswahlleiter zur Vorbereitung auf die Wahlen 2012

15:00 Uhr Kaffeepause

15:30 Uhr Abschlussdiskussion und Ergebnisse der Workshops I und II

Im Januar haben Geburtstag:

02. 87. GT Gerhard Ilian, Walldorf  
 09. 89. GT Ilse Schlütter, Zella-Mehlis  
 13. 87. GT Hans Heinzmann, Schmalkalden

22. 55. GT Heiko Fuchs, Brotterode  
 22. 88. GT Erich Vieweg, Meiningen  
 25. 88. GT Gertrud Walz, Meiningen  
 26. 50. GT Ilona Schaft, Schmalkalden  
 30. 91. GT Robert Zeiss, Zella-Mehlis

Kontostand Spendenkonto:

Anfangsbestand	2.111,50 €
Spenden	+ 0,00 €
Bankgebühren	- 1,50 €
-----	
Saldo	2110,00 €

## Zum erfolgreichen Mitgliederentscheid



Der Mitgliederentscheid zum Programm unserer Partei hat eine überwältigende Zustimmung zu den formulierten Zielen und Anliegen ergeben. Insgesamt wurde auf 34.199 abgegebenen Stimmzetteln in ganz Deutschland 32.728 mal „Ja“ angekreuzt. Da entspricht eine Zustimmung von 95,81 Prozent. Im Landesverband Thüringen waren es sogar 97,63 Prozent was 3.742 Ja-Stimmen auf 3.835 Stimmzetteln entspricht. Das ist die breiteste Zustimmung unter allen Landesverbänden.

Der Kreisverband Schmalkalden-Meiningen hat sich dabei besonders stark

eingebraucht. Hier haben 192 Genossinnen und Genossen an dem Mitgliederentscheid teilgenommen. Das entspricht rund 68 Prozent und ist damit nach dem Saale-Holzland-Kreis und dem Saale-Orla-Kreis das dritt beste Ergebnis in Thüringen. Wir danken allen Genossinnen und Genossen für ihre Stimmabgabe! Die hohe Zustimmung zum "Erfurter Programm" aus Thüringen und speziell aus unserem Kreisverband sollte uns nicht nur mächtig stolz machen, sondern auch optimistisch für die nun bevorstehenden Aufgaben, wie die Landrats- und Bürgermeisterwahlen in diesem Jahr, machen.

## Regionalverband fährt nach Dresden

Der Regionalverband Südthüringen, bestehend aus den Kreisverbänden Schmalkalden-Meiningen, Sonneberg, Hildburghausen sowie dem Stadtverband Suhl organisiert einen Bus zur kommenden Demo gegen Rechts in Dresden. Nach dem Motto: Aller guten Dinge sind drei - Dresden Nazifrei soll hier in diesem Jahr erneut der Aufmarsch der Rechten verhindert werden.

Der Bus fährt voraussichtlich am 18.2. von Hildburghausen über Suhl und Zella-Mehlis nach Dresden. Die genauen Abfahrtszeiten werden noch

veröffentlicht. Alle Mitfahrer werden gebeten sich mit einem Unkostenbeitrag in Höhe von 10 € (5€ ermäßigt) für Hin- und Rückfahrt zu beteiligen. Ebenso spricht der Regionalverband die örtlichen Abgeordneten aller Ebenen an, mit einer kleinen Zuwendung diese Fahrt zu ermöglichen.

Ansprechpartner und Organisator ist der Kreisvorsitzende von Hildburghausen, Rainer Jursch. Bei ihm oder in den örtlichen Geschäftsstellen der Partei können die Anmeldungen zur Fahrt entgegengenommen werden.

## Impressum:

DIE LINKE Schmalkalden-Meiningen

Kreisvorstand, in Verantwortung von Ronald Hande (V.i.S.d.P.)

Tel. (03683) 466333  
 webmaster@die-linke-sm.de  
 www.die-linke-sm.de

Spendenkonto:

Nr. 1706060366  
 BLZ: 84050000

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge oder Pressemitteilungen (pm) trägt der Verfasser die alleinige Verantwortung.

### Öffnungszeiten der Kreisgeschäftsstelle:

Di. und Do.  
 14.00 - 16.30 Uhr  
 (und nach Vereinbarung)

Sofern Geschäftsstelle nicht besetzt ist, bitte im Abgeordnetenbüro von Manfred Hellmann (MdL) klingeln (direkt darüber).

Jens Petermann (MdB)  
 Nonnenplan 7  
 98617 Meiningen  
 Tel.: (03693) 880179

Manfred Hellmann (MdL)  
 Hoffnung 11  
 98574 Schmalkalden  
 Tel.: (03683) 466333

DIE LINKE im Internet:  
 www.die-linke-sm.de

**DIE LINKE.**  
 Kreisverband  
 Schmalkalden-Meiningen